
575/J XXII. GP

Eingelangt am 18.06.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Doris Bures, Mag. Ruth Becher
und GenossInnen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Immobiliengeschäfte des Bundesministeriums für Justiz

Für die Vermittlung der Anmietung des City Tower Vienna wurde durch das Bundesministerium für Justiz an die Plech & Plech Immobilientreuhänder GmbH eine Provision in der Höhe von 607.476 Euro (zuzüglich 20 % USt) bezahlt. Obwohl durch das Errichterunternehmen Porr dem Bundesminister für Justiz das Mietobjekt bereits im Rahmen einer Präsentation am 31.7.2001 vorgestellt wurde, trat das Bundesministerium für Justiz im September 2001 - also zwei Monate später - mit dem Immobilienmakler des nunmehrigen Eigentümers, der City Tower Errichtungs- und VermietungsGmbH (einer Tochter der Immofinanz-Immobilienanlagen AG), nämlich der Plech & Plech Immobilientreuhänder GesmbH, in Verhandlungen.

Unklar ist, warum - obwohl bereits im Juli 2001 durch das BMJ Interesse an diesem Gebäude gegenüber dem Errichterunternehmen bekundet wurde - mit September 2001 der Immobilienvermittler Plech, ein Freund des Justizministers (Format Nr. 44/02 vom 24.10.2002), mit der Anbahnung dieses Mietvertrages beauftragt wurde und letztlich für diese Vermittlung ein Honorar von 607.476 Euro (zuzüglich 20 % USt) vom BMJ erhielt.

Durch das Justizressort sind mehrere Immobilienverkäufe geplant bzw. wurden bereits durchgeführt, darunter des Gebäude des ehemaligen Jugendgerichtshofes in der Rüdengasse und das Gerichtsgebäude in der Riemergasse sowie mehrere Außenstellen von Justizanstalten. Viele dieser Realitäten wurden erst vor kurzem mit enormen Aufwand renoviert. Folge der Verkäufe könnte daher sein, dass das Justizressort mehrere Millionen Euro an Investitionen verliert und daher für den Steuerzahler in Summe eine veritables Verlustgeschäft entsteht.

Aus den genannten Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. In welcher Höhe wurden durch das Bundesministerium für Justiz Sanierungskosten für die Gerichtgebäude Riemergasse und Rüdengasse getragen und wie hoch sind die Kosten der Umsiedelung der bisher in diesen Gebäuden untergebrachten Gerichte in den City Tower Vienna bzw. in das Landesgericht für Strafsachen?
2. Auf welche Höhe belief sich die monatliche Miete für das Amtsgebäude Riemergasse, wie hoch war die benutzte Bürofläche und in welcher Höhe entstanden monatlich Betriebskosten pro Quadratmeter Bürofläche?
3. Welche Mietkosten entstehen für die Anmietung der Räumlichkeiten im City Tower Vienna, wie viele Quadratmeter Bürofläche werden angemietet und wie hoch sind die monatlichen Betriebskosten pro Quadratmeter Bürofläche?
4. Ist es richtig, dass mit der Veräußerung des Gerichtsgebäudes in der Riemergasse die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) betraut ist und in welchen Stadium befinden sich die Verkaufsverhandlungen?

5. Befinden sich unter den möglichen Anbietern für das Amtsgebäude in der Rüdengasse auch Unternehmen bzw. Vertreter der Unternehmensgruppe Prinzhorn?
6. Sehen Sie in dem Umstand, dass der Verkauf des Amtsgebäudes Riemergasse durch die Bundesimmobiliengesellschaft durchgeführt wird, in deren Aufsichtsrat ein bekannter Wiener Immobilienmakler, nämlich Ernst-Karl Plech, sitzt, eine Unvereinbarkeit und in welcher Form wirken Sie in diesem Zusammenhang der „schiefen Optik“ entgegen?
7. Warum wurde durch das Justizressort - nachdem bereits am 31.7.2001 im Zuge einer Präsentation der Firma Porr die Anmietung von Räumlichkeiten im City Tower Vienna konkret verhandelt wurde - mit September 2001, also zwei Monate später, die Plech 85 Plech Immobilientreuhänder GesmbH mit der Vermittlung des Mietvertrages beauftragt?
8. Wie berechnet sich exakt das an die Plech & Plech Immobilien-treuhänder GesmbH durch das BMJ bezahlte Vermittlungshonorar von 607.476 Euro (zuzüglich 20 % USt) und welche Mietdauer wurde zur Berechnung dieses Honorars herangezogen?
9. Wie beurteilen Sie den Umstand, dass Ernst-Karl Plech, der von den Medien als Böhmdorfer-Intimus und FPÖ-Gefolgsmann bezeichnet wird, durch die Übersiedelung der Gerichte in der Riemergasse doppelt profitiert, nämlich einerseits durch die Vermittlungsprovision, andererseits durch den Verkauf des Gebäudes Riemergasse, den er als Aufsichtsrat der BIG entsprechend lenken kann?
10. Wurden durch das Bundesministerium für Justiz seit 4.2.2000 Immobilien verkauft und wenn ja, um welche Realitäten handelt es sich, welche Kaufpreise konnten dafür lukriert werden und welche natürlichen oder juristischen Personen wurden Kaufvertragspartner des BMJ?

11. Welche Immobilien des BMJ befinden sich momentan in einem offenen Verkaufsverfahren und welche Kaufpreise werden diesbezüglich durch das BMJ, geordnet nach Liegenschaften, erwartet?
12. Wurden zur Bewertung der vom BMJ verkauften bzw. zu verkaufenden Immobilien Gutachten durch externe Berater eingeholt und wenn ja, um welche Unternehmen handelt es sich, wie lautet der Inhalt der abgeschlossenen Verträge und wie hoch waren die Kosten dieser Beratungsleistungen?